

Die Linke und die Agrarfrage - Historisches

Die Agrarfrage ist ein eher blinder Fleck der Linken – und das bei weitem komplizierteste praktische Problem. Auch wenn in den Lesarten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Marxismus vor allem als „Theorie der Industrie“ behandelt wurde heißt das nicht, dass die Landwirtschaft und das Land als sozialer Raum nicht ein wichtiges Moment der Analyse und der politischen Überlegungen der ersten Generation der Linken gewesen wäre. Diese Fragen spielten schon in der Entstehung der modernen Arbeiterbewegung eine große Rolle. Dies betrifft sowohl die theoretische Seite (man denke an die „sogenannte ursprüngliche Akkumulation“ oder die Auseinandersetzungen um die Grundrente bei Marx) als auch die politische Seite. Wilhelm Wolff, dem Marx den ersten Band des Kapital widmete, war einer der ersten, der die sozialen und ökonomischen Prozesse vor allem in der preußischen Landwirtschaft um die Mitte des 19. Jahrhunderts analysierte und politische Schlussfolgerungen für die junge kommunistische Bewegung formulierte. Er war es, der die Frage des Bündnisses von Bauern und Arbeitern offensiv in die Diskussion brachte. Im Jahr 1894 griff Friedrich Engels diese Frage dann unter neuen Bedingungen und in Anknüpfung an entsprechende Diskussionen in der deutschen Sozialdemokratie auf und diskutierte, wie deren Verhältnis zu den verschiedenen Schichten der ländlichen Bevölkerung zu gestalten wäre. Die Besonderheiten der sozialen Beziehungen und der landwirtschaftlichen Produktion blieben den meisten Linken allerdings fremd. Das geht in starkem Maße auf Karl Kautsky und W.I. Lenin zurück. Die hatten in ihren fast gleichzeitig erscheinenden Werken zur Agrarfrage (1899) die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft analysiert. Beide hoben die Rolle Brechung der Abhängigkeit der Bauern vom Kapital, die kulturelle und soziale Entwicklung des ländlichen Raumes, den Trend zum Großbetrieb und die Rolle genossenschaftlicher Produktionsformen hervor. Sie diskutierten dies aber vom Standpunkt, wie Kautsky es ausdrückte, einer Partei, die immer eine proletarische Partei sein werde. Das erklärt, warum die Bauern vor allem als potenzielle Proletarier oder als potenzielle Kapitalisten betrachtet wurden und die landwirtschaftliche Arbeit als in industrielle Formen zu überführen. Die Überwindung des Gegensatzes von Stadt und Land wurde meist nicht als Überwindung der Arbeitsteilung (also zweiseitiger Prozess), sondern als Anpassung des Landes an die Stadt gedacht.

Es gab aber durchaus auch schon zu dieser Zeit andere Lesarten zum Zusammenhang von Agrarfrage und Überwindung des Kapitalismus. Die russischen Narodniki lehnten die unter MarxistInnen verbreitete Ansicht, dass erst die alte Bauerngesellschaft vom Kapitalismus zerschlagen werden müsse, bevor in Russland eine nachkapitalistische Gesellschaft möglich sei, ab. Marx meinte auf Nachfrage seitens der russischen Marxistin Vera Sassulitsch, dass die russische Dorfgemeinde, in der sich patriarchale und ur-kommunistische Elemente überlagerten, durchaus das Potenzial böte, um einen Übergang zum Sozialismus ohne die Zwischenstufe einer durchkapitalisierten Landwirtschaft zu gehen. Allerdings sei dafür eine starke Arbeiterklasse und internationale Solidarität unabdingbar.

In Russland vertrat die Partei der Sozialisten-Revolutionäre (LSR, die Übersetzung Sozialrevolutionäre in nicht korrekt) unabhängig von den und z.T. gegen die marxischen Auffassungen die Position, dass unter den Bedingungen Russlands die Bauern die entscheidende Kraft beim Übergang zu einer nachkapitalistischen Ordnung seien. Nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur der „Werk tätigen“ sei die aktuelle Aufgabe. Der linke Flügel dieser Strömung war als Bündnispartner der Bolschewiki ab November 1917 bis April/Mai 1918 die entscheidende Kraft, die weite Teile der Bauernschaft an die Sowjetmacht band. Ihr Agrarprogramm orientierte auf starke Bauernwirtschaften auf sozialisiertem Boden, die in der Tradition der Dorfgemeinde kollektive, genossenschaftliche Formen der Kooperation entwickeln sollten. Ähnliche Ansätze gab es auch in

anderen Weltregionen und Zeiten – erinnert sei an die Konzepte von Mariátegui (Rolle der indigenen Traditionen), Fanon (Rolle der afrikanischen Dorfgemeinschaft) oder Nyere (Konzepte der Ujamaa).

Das deutet schon an, dass sich in der Agrarfrage alle Probleme gesellschaftlicher Übergänge auf besondere Weise bündeln. Die wichtigsten Problemkreise waren dabei Kontroversen um das „revolutionäre Potenzial“ der Bauernschaft, die Verbindung von landwirtschaftlicher und Arbeit in anderen Bereichen, also die Perspektiven der Arbeitsteilung, und die Bestimmung der Potenziale genossenschaftliche und anderer traditioneller Kooperationsformen.

Das Bündnis zwischen linken Sozialisten-Revolutionären und Bolschewiki zerbrach recht schnell. Der Bauer wurde in den Augen der Bolschewiki als potenzieller Kapitalist zum Feind – und so behandelt. Die Quittung waren Aufstände unter Losung, wie: „Hoch die Bolschewiki (die uns das Land gegeben haben)! Hoch der Freihandel! Nieder mit den Kommunisten (die das Getreide requirieren)! Der Zwiespalt zwischen dem privaten Bodenbesitz und der gemeinschaftlichen Verteilung des Bodenertrages muß beseitigt werden.“ Nach Interventions- und Bürgerkriegen wurden mit der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) Vorstellungen der LSR dann doch realisiert, auch wenn das so nicht ausgesprochen wurde. Die Bodengesetzgebung von 1922 räumte der Dorfgemeinde als einer der möglichen Formen der landwirtschaftlichen Betätigung eine Perspektive ein – und in vielen Gebieten war das dann auch bis etwa 1928 die beherrschende Form. Die Etablierung mehr oder weniger geregelter Marktbeziehungen im Rahmen des „Staatskapitalismus“ unter strikter Kontrolle der Partei führte tatsächlich zu einer Belebung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Fragen der Perspektiven wurden offen und ausführlich diskutiert. Ein frühes Ergebnis war die Position Lenins zum Genossenschaftswesen. Auf dieser Grundlage entwickelte der Agrarökonom Tschajanow Vorstellungen dazu, wie die Bauernwirtschaft so in die gesellschaftliche Arbeitsteilung zu integrieren wären, dass sie eben nicht zu kapitalistischen Unternehmen werden würden. Er konnte sich nicht durchsetzen und wurde Opfer des stalinschen Terrors, sein Name in der realsozialistischen Welt weitgehend vergessen. Allerdings waren seine Auffassungen in anderen Teilen der Welt für die Agrarbewegungen inspirierend. Die von ihm angestrebte fruchtbare Kooperation zwischen Industrie und Landwirtschaft blieb bis zum 1985 beschlossenen Nahrungsmittelprogramm in der Sowjetunion ein zentrales und ungelöstes Problem. Überhaupt ist und bleibt auffällig, dass die Intensität, mit der Landwirtschaft und ländlicher Raum bis zum Ende des Realsozialismus „beforscht“ wurden, im Widerspruch zu den praktischen Erfolgen stand.

Die Landwirtschaft wurde für die junge Sowjetunion vor allem zu einer Devisenquelle. Der Agrarexport war das entscheidende Mittel, um im Ausland die erforderlichen Maschinen zu kaufen. Allerdings gelang es nicht, in diesem Zusammenhang die Industrie und die Landwirtschaft gleichermaßen zu stärken. Stagnation und damit ein Gesichtverlust der herrschenden Schicht drohten. Es stand die Frage, ob man den Prozess einer ausgeglichenen, aber eben langsameren Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft weiter verfolgen, oder ob man auf einen forcierten Kurs der Industrialisierung auf Kosten der Landwirtschaft setzen sollte. Die Kollektivierungs- und Industrialisierungspolitik ab der zweiten Hälfte der 1920er Jahre wie auch die extensive Nutzung des Getreideexportes als Akkumulationsquelle ruinierten die sowjetische Landwirtschaft. Die Industrialisierung, so der sowjetische Agrarökonom Suslow, wurde durch den Hunger der Landbevölkerung erkauft. Die 1920er Jahre in der Sowjetunion warfen so die für die Linke neue Frage auf, wie und zu welchem Preis man zu Ernährungssouveränität kommen und sie sichern könnte.

In Deutschland spielten die Kleingärten der Arbeiterfamilien schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht nur eine große Rolle bei der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, sondern auch als Orte der Politisierung. Kleingartenvereine waren ein Weg, um das Sozialistengesetz, mit dem die damals noch revolutionäre Sozialdemokratie erdrückt werden sollte, zu unterlaufen. Was heute als Urban Gardening bezeichnet wird, war für die ersten Arbeitergenerationen eine materielle, kulturell und politische Überlebensnotwendigkeit. Auch die Konsumgenossenschaften waren eine gewisse Zeit Hochburg der Linken. Für den Arzt, Schriftsteller, Vegetarier und Kommunisten Friedrich Wolf waren Ernährungssouveränität, Gartenarbeit und naturnahes Wohnen zusammengehörende Momente eines selbstbestimmten Lebens. Politikmächtig wurde diese Richtung innerhalb der kommunistischen Bewegung aber nicht. Zwischen der Sicherung der Ernährungssouveränität und den Anforderungen ökologischen Wirtschaftens entstanden im Realsozialismus Widersprüche, die sich als nicht lösbar erwiesen.

In den meisten realsozialistischen Ländern wurde die (mehr oder weniger erzwungene) Kollektivierung und versuchte Industrialisierung der Landwirtschaft nach sowjetischem Muster zum Ausgangspunkt praktischen Handelns und theoretischer Überlegungen. In Jugoslawien wurden Versuche der Kollektivierung schnell abgebrochen, in Polen herrschte immer der bäuerliche Betrieb vor. Die Orientierung auf genossenschaftliche Formen erreichten in der DDR eine Verbindung von wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Entwicklung der Dörfer, indem die Genossenschaften hier eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der gesamten Infrastruktur spielten. Es entwickelten sich vielfältige Kooperationsformen, wie nach sowjetischen Vorbild erst die Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), die Bereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) später Agrochemische Zentren (ACZ), die eine rationelle Verwendung von materiellen Ressourcen ermöglichen sollten. Zwischen den Betrieben wurden ebenfalls verschiedene Kooperationsformen entwickelt, etwa als „Kooperative Abteilungen Pflanzenproduktion“ oder Formen der Kooperation von Tier- und Pflanzenproduzenten. Meist wurden jedoch die Anforderungen der Landwirtschaft von den Vorstellungen der Planer und der Produzenten landwirtschaftlicher Maschinen überrollt. Die in der Theorie spätestens in den 1980er Jahren immer wieder betonte Bedeutung der Landwirtschaft als wichtiger Ort der Reproduktion der Biosphäre fand allerdings keine Widerspiegelung im Planungssystem. Trotzdem sollte man die Überlegungen und Praxen territorialer Kooperation und regionaler Verbindung von Produktion, Verarbeitung und Verbrauch landwirtschaftlicher Produkte als eine Möglichkeit sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftens betrachten. Auch existierten jenseits der angestrebten Großproduktion immer auch individuelle Hauswirtschaften und Kleingärten, die z.T. einen erheblichen Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion hatten. Der Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK) war in der Nahrungsmittelversorgung der DDR durchaus eine Größe. Generell traten in den späten 1970er Jahren auch Fragen der sozialen und kulturellen Entwicklung des Dorfes mehr in den Vordergrund. Die Initiativen im Rahmen der Aktion „Schöner unsere Städte und Gemeinden“ orientierten darauf, durch Aktivierung der Eigeninitiative und eigener Ressourcen auch in den ländlichen Gebieten die Lebensbedingungen zu verbessern.

Es zeigt sich also, dass die Erfahrungen der Linken mit dem Thema höchst problematisch sind. Offensichtlich verbinden sich mit der Frage einer ökologisch, sozial, kulturell, wirtschaftlich und politisch nachhaltigen Landwirtschaft eine Reihe von Fragen, auf die der an der kapitalistischen Industrielwelt geschulte Geist der europäischen Arbeiterbewegung keine tragfähige Antwort fand. Auch die Frage, wie die Vorzüge genossenschaftlicher Produktion in der immer wieder erhofften Art und Weise mit der planmäßigen Entwicklung der anderen Wirtschaftsbereiche, den sozialen und

ökologischen Notwendigkeiten zu verbinden wäre, dürfte offen sein. Die kompliziertere soziale Struktur des Landes und die offensichtliche Unmöglichkeit, sich aus Naturzusammenhängen zu lösen, hätte eine viel komplexere Politik erfordert, als sie realisiert wurde oder werden konnte.